Nummer 11 — 29. Jahrgang
Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Dobczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 14. Januar 1930
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1spaltige Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰ die Petitzeile, 1,30 ℳ. Reklame 1,50 ℳ. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung bzw. Erfüllung d. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung d. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungarn, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, K.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-N. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Papst über Jugenderziehung

Gegen das Erziehungsmonopol des Staates — Gegen Koedukation und andere Irrwege moderner Pädagogik

Eine neue Enzyklika

Stadt des Vatikans, 13. Januar

Der Papst hat eine Enzyklika über die Jugenderziehung veröffentlicht, in der er erklärt, daß die Erziehung als soziale Aufgabe in gleicher Weise den drei Einheiten, nämlich der Kirche, der Familie und dem Staat, vorbehalten sei, aber in verschiedener Art und in verschiedenem Maßstabe. Die Enzyklika ist zuerst in italienischer Sprache veröffentlicht worden.

Der Papst zeigt in diesem Rundschreiben dort, wo er von den Rechten des Staates bei der Erziehung spricht, daß der Staat die Initiative der Kirche und der Familie unterstützen soll, besonders weil er über weit mehr Mittel verfüge als die Kirche und die Familie. **Der Staat könne verlangen, daß die Jugend einen richtigen Begriff ihrer nationalen und bürgerlichen Pflichten kenne und erfülle, aber es wäre ungerecht und unerlaubt, wenn der Staat ein Erziehungs- und Schulmonopol einführen wollte,** wodurch die Eltern gezwungen werden könnten, ihre Kinder in die Staatsschule zu schicken.

Der Papst bedauert sodann den Geist eines übertriebenen Nationalismus, wie er sich in der letzten Zeit an verschiedenen Orten gezeigt hätte. Er weist auch darauf hin, daß die militärisch-disziplinäre Erziehung der Jugend in den richtigen Grenzen gehalten werden müsse. Man dürfe den Geist der Stärke nicht verwechseln mit dem Geist der Gewalt. Der Papst bedauert bei dieser Gelegenheit auch die übertriebene Bedeutung, die heutzutage dem Athletentum beigelegt werde. Dieses Athletentum und seine übertriebene Bedeutung sei schon im Altertum als ein Zeichen der Dekadenz betrachtet worden. Uebrigens wiederholt der Papst bezüglich der Rechte des Staates bei der Erziehung seine Ausführungen in den Reden, die er vor wenigen Monaten gehalten hat.

Der Papst weist sodann auf die Schädlichkeit des Materialismus in der Pädagogik hin, der vollständig absehe von der Erbsünde und der Gnade und die Jugend vom göttlichen Gesetz abbringen wolle. Er tadelt auch die starke moderne Betonung der sexuellen Aufklärung, als ob durch Aufklärung allein die Jugend vom Laster ferngehalten werde. Die Kirche habe sich unter gewissen Umständen gegen eine individuelle sexuelle Aufklärung nicht gesträubt, wenn diese sich als notwendig erwiesen hätte.

Der Papst tadelt das System der Koedukation, das auf dem Materialismus fuße, und verlangt die Trennung der Geschlechter nicht nur beim Unterricht, sondern auch bei Leibesübungen und bei der Erholung. Der Papst erklärt sich entschieden gegen die neutrale oder Laienschule. Eine solche Schule sei praktisch eine irreligiöse Schule. Der Papst erneuert daher die Vorschriften und Bestimmungen seiner Vorgänger und der kirchlichen Gesetzgebung gegen den Besuch von akatholischen und neutralen oder gemischten Schulen. Nur in Ausnahmefällen auf Grund des Urteiles des Bischofs und unter gewissen Vorsichtsmaßregeln könnte ein solcher Beschluß geduldet werden.

Es könne auch nicht zugelassen werden, daß die Katholiken eine gemischte Schule besuchen, die allgemein für alle obligat sei und in der den Katholiken nur katholischer Religionsunterricht erteilt werde, während der übrige Unterricht von nichtkatholischen Lehrern und gemeinsam mit akatholischen Schülern erteilt würde. **Eine Schule sei noch lange nicht katholisch, weil in ihr katholischer Religionsunterricht erteilt werde.** Zu den Gefahren, denen heute die Jugend ausgesetzt ist, rechnet der Papst insbesondere das Lesen ungläubiger und schlüpfriger Bücher und gewisse kinematographische und radiophonische Darbietungen.

•

Die neue Enzyklika des Papstes ist, wie schon die Erstveröffentlichung in italienischer Sprache zeigt, in erster Linie für Italien bestimmt. Sie stellt eine scharfe und gerechte Kritik der Grundsätze dar, die der Faschismus auf dem Gebiete der Erziehung zur Anwendung bringt. — Darüber hinaus hat die Enzyklika allgemeine Bedeutung als eine Kritik der modernen pädagogischen Methoden überhaupt. In dieser Hinsicht verdient sie gerade in Deutschland, dessen schulpolitische Lage sicher nicht günstiger für den Katholizismus ist als die in Italien, große Beachtung.

Neue Hoffnung im Haag

Das Ergebnis der Besprechungen am Sonntag

Haag, 13. Januar.

Der gestrige Sonntag war ausgefüllt mit Bemühungen, die am Sonnabend entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Zwischen den Vertretern der Hauptmächte sind den ganzen Tag hindurch Verhandlungen geführt worden. Es ist gelungen, eine Reihe von Schwierigkeiten zu beseitigen. **Infolgedessen besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, in der heute nachmittag stattfindenden Sitzung eine Generalbereinigung der umstrittenen Fragen herbeizuführen.** Allerdings darf man sich erinnern, daß die gleiche Hoffnung schon vor der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung bestand, und daß dort das Ergebnis nicht eine Einigung, sondern neue Differenzen waren.

Eine Einigung ist gestern vor allem erzielt worden in der Frage des Zahlungsdatums. **Danach sollen künftig die Reichsbahnzahlungen (660 Millionen) am Monatsende, die übrigen Zahlungen am 15. jeden Monats überwiesen werden.** Damit wird die Zahlungsart, wie sie sich unter dem Dawesplane herausgebildet hatt, beibehalten. Die deutsche Delegation hat ihre Zustimmung zu dieser Regelung allerdings von dem Verzicht der Alliierten auf die Aktivierung der negativen Pfänder abhängig gemacht. Dieser Verzicht ist denn auch ausgesprochen worden.

Zwischen Dr. Wirth und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu ist in stundenlangen nächtlichen Verhandlungen die Frage der Sanktionen erörtert worden. Auch hier haben sich die Ansichten wesentlich angenähert. Man glaubt, daß auf Grund dieser Verhandlungen die Juristen eine Formel werden ausarbeiten können, die beide Teile befriedigt.

Schließlich sind zwischen den Finanzministern Moldenhauer und Chéron Verhandlungen geführt worden über die Mobilisierung des ersten Teils der deutschen Zahlungen. Diese Frage wird aber erst nach der Rückkehr Tardieus, der heute zur Parlamentseröffnung nach Paris fährt, weiter erörtert werden können. **Auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der heute mittag im Haag eintrifft, dürfte bei diesen Verhandlungen ein gewichtiges Wort mitzureden haben.**

Baldiger Abschluß?

Geteilte Meinungen in England.

London, 13. Januar.

Reuter meldet: Das Ende der zweiten Haager Konferenz ist in Sicht. Eine Einigung ist jetzt über so gut wie alle finanziellen Punkte erzielt. Die deutsche Delegation hat in der Frage des Datums der Zahlungen nachgegeben, die zum größeren Teil am 15. jeden Monats erfolgen werden, während in anderen Punkten Kompromisse erzielt worden sind. **Es wird erwartet, daß auf der Zusammenkunft der „Großen Sechs" am heutigen Nachmittag nach einigem abschließenden Feilschen der Entwurf des Protokolls der Konferenz aufgezeichnet werden wird.** In der Sanktionsfrage gilt folgende Regelung als wahrscheinlich: Die französische Delegation wird den Deutschen ihren Standpunkt in einer Note auseinandersetzen, auf die die Deutschen nicht antworten werden, womit zum Ausdruck gebracht wird, daß jede Partei auf ihrem Standpunkte beharrt.

Den völligen Gegensatz zu dieser Meldung erklär: Pertinax im „Dali Telegraph": **Der letzte Akt hat noch nicht einmal begonnen.** Die Hauptfrage, die sich auf die Abgrenzung des Rechtes Deutschlands auf ein Moratorium, auf die Befugnisse des beratenden Moratoriumsausschusses und auf die Kommerzialisierung der deutschen Annuitäten und die Verfassung der internationalen Bank beziehen, sind durchaus noch nicht erledigt. Die Deutschen bestünden darauf, daß die das Moratorium betreffenden Artikel in der Fassung des Youngberichtes und nicht in der von den Gläubigern bevorzugten Fassung der Juristen in das Haager Protokoll aufgenommen werden.

Zehn Jahre später

E. B. Die Siegerstaaten haben in diesen Tagen zwei Gedenktage gefeiert und feierlich begangen: Die Inkraftsetzung des Diktates von Versailles und den Geburtstag des Völkerbundes. Beide sind vor zehn Jahren, am 10. Januar 1920, Wirklichkeit geworden. Wenn wir Deutsche uns an diesen Tag und die an ihn gebundenen Ereignisse erinnern, dann ist es selbstverständlich, daß in diese Erinnerung alle Bitterkeit mit einfließt, die eine große Nation erfüllt, nachdem sie in den letzten zehn Jahren so viel hat erleiden müssen; deshalb stehen wir auch abseits von den Festlichkeiten, mit denen man jetzt im Haag jenen Erinnerungstag begangen hat, und wir erblicken in der Teilnahme des deutschen Außenministers Curtius an dem Haager Bankett nur einen Akt internationaler Höflichkeit. Nun wäre es allerdings ganz verkehrt, nur dem Vergangenen nachzuhängen; denn es sprießt kein neues Leben aus dem, was in den Strudel der Jahre ruinenhaft hinabgerissen worden ist. Und die Völker würden niemals in der Lage sein, eine neue Aera zu beginnen, wenn sie sich nicht einmal aus den Maschen alter Verstrickungen befreiten. Deshalb ist es gut und nützlich, daß man in jeder Lage des eigenen und des allgemeinen Lebens seinen Blick in der Hauptsache nach vorwärts richtet, auch dann, wenn gewisse Stationen und Etappen uns zu einem kurzen Halt veranlassen. Es ist sicher ein eigentümliches Zusammentreffen, daß im Haag der gegenseitige Meinungsstreit auf dem Höhepunkt angelangt ist gerade in einem Augenblick, wo über den Völkerbund soviel schöne und feierliche Worte geschrieben und gesprochen werden. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie groß noch die Kluft ist, die die Völker trennt, und wie sehr wir danach streben müssen, sie zu überbrücken.

Der Völkerbund soll ein Mittel sein, mit dessen Hilfe dieses Ziel erreicht wird. Er besteht zehn Jahre, und man wird uns nicht für vorwitzig halten, wenn wir glauben, daß sich jetzt sehr wohl schon über ihn ein Urteil fällen läßt. Deutschland hat den Völkerbund bejaht. Es hat ihn durch seinen Eintritt anerkannt, und auch wir halten daran fest, daß der Gedanke des Völkerbundes nicht nur nützlich, sondern richtig ist. Wenn wir uns mit allem Freimut und mit aller Offenheit zu dieser Grundhaltung bekennen, so sind wir uns sehr wohl bewußt, wie groß die Mängel und wie erheblich die Unzulänglichkeiten sind, an denen dieser „Mittelpunkt des Friedens" leidet. Aber es kommt nicht darauf an, den Völkerbund wegen seiner Mängel zu verneinen, es kommt alles darauf an, ihn zu bejahen, um die Mängel abzustellen. Die große Fehlerquelle des Völkerbundes kommt aus seiner Gründung. Sie liegt in der Konstruktion und in der Bestimmung, die ihm die Sieger von Anfang an gegeben haben. Die Siegerstaaten haben doch nichts anderes getan, als daß sie ihn zu einer Gesellschaft der einseitigen Sicherung ihrer eigenen Interessen erniedrigt und herabgedrückt haben. Nicht die erstrebte Universalität der Teilnehmer ist das einzig Entscheidende sondern die Universalität des Denkens, kraft deren von dieser Zentralstelle aus die Fundamente der Gerechtigkeit gelegt werden. Wenn die Völker zu dieser entsagungsvollen Arbeit nicht imstande sind, wenn sie an die Stelle der Macht nicht das Ethos des gerechten Gestaltungswillens setzen, dann wird der Völkerbund nicht nur ein geistiger Torso sein, dann kann er auch die Probe nicht bestehen, auf die es allein ankommt, daß er nämlich ein wahrer Hüter des Friedens ist. Die Verfemung des Krieges ist dann eine Theorie, wenn nicht eine Stelle Gewalt hat, die Verfemung durchzusetzen.

In einer ganzen Reihe von Einzelfragen hat der Völkerbund zweifellos wertvolle Arbeit geleistet. Wir denken an seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Wirtschaft — der Industrie und Landwirtschaft —, der Volksgesundheit, der Schlichtung von kleineren Streitfällen, und vor allem auf dem Gebiete der Gestaltung der internationalen Arbeitsverhältnisse. Das muß anerkannt werden. Aber demgegenüber bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Völkerbund an den wirklich großen und ernsten Problemen der internationalen Politik ängstlich vorbeigegangen ist. Er hat sie gemieden wie ein heißes Eisen. Es wäre verkehrt, aus dem Gefühl heraus zu urteilen. Daß uns vom Völkerbund die blutende und schmerzende oberschlesische Wunde geschlagen wurde, ist nur ein Beweis dafür, daß dieser Bund der Mächte eben als ein Bund der Sieger gegründet worden war. Wie steht es mit der Abrüstung? Wie mit den Minderheiten? Wie mit der Kontrolle von Verträgen? Es ist doch kein Geheimnis, daß ganz entscheidende Abmachungen unter Völkerbundsstaaten das Völkerbundssekretariat niemals passiert haben, weil sie als militärische Geheimbündnisse sorgsam gehütet werden. In der Abrüstung hat der Völkerbund versagt, und die Minderheiten, deren Schutz zu seinen Aufgaben gehört, scheinen ihm eher lästig als hilfsbedürftig zu